

Erinnerung an Opfer der NS-„Euthanasie“

Am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wird in der Rheinhessen-Fachklinik an die Ermordung von Kranken und Behinderten erinnert

Von Hanna Kopp

ALZEY. Um zehn Uhr ertönt in der Kapelle der Rheinhessen-Fachklinik in Alzey die Orgel. Fast jeder Platz ist besetzt, auf der Empore stehen Schüler und blicken nach unten. Dort auf den Stufen vor dem Altar liegen vier Kränze mit Schleifen. Darauf steht: „Zum Gedenken an die Opfer der Euthanasie“. Es ist der 27. Januar, in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Blickt man aus dem Fenster, sieht man das hügelige Gelände der Klinik und ein Mahnmal. Seit 2005 erinnert es daran, dass auch die Alzeyer Klinik an dem „Euthanasie“-Programm der Nationalsozialisten beteiligt war. Über 500 Patientinnen und Patienten wurden ermordet, über 300 durch Operationen zwangssterilisiert. Zwar geschah das nicht in Alzey selbst, aber die Opfer waren Alzeyer Patienten. Sie waren psychisch krank oder hatten eine Behinderung. 49 von ihnen überlebten. Für sie und für ihre Angehörigen findet an diesem Montag in der Kapelle auf dem Klinikgelände ein ökumenischer Gottesdienst statt. „Es ist gut, dass Sie alle gekommen sind“, begrüßt Dr. Gerald Schwalbach, evangelischer Seelsorger und Pfarrer, die Anwesenden. Auch heute noch sei es ein gesellschaftliches Thema, welchen Platz

Menschen mit Behinderung einnehmen dürfen, sagt er. Das umtriebige Leben zu unterbrechen, um überhörte Geschichten wahrzunehmen, Ausgrenzung und Diskriminierung anzusprechen, dazu appellierte er gemeinsam mit Stefan Brux, katholischer Seelsorger und Diakon.

Dann tritt Renate Rosenau nach vorne. „Seit 1996 begehen wir diesen Tag als nationalen Gedenktag“, sagt sie. „Für alle, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.“ Nicht nur in Auschwitz und anderen KZs: „Sondern auch in Heil- und Pflegeanstalten.“ Seit 1994 forscht sie mit der Arbeitsgruppe NS-Psychiatrie in Alzey/Rheinhessen, wie die damalige Alzeyer Landes-Heil- und Pflegeanstalt in nationalsozialistische Verbrechen verstrickt war. Mit der Machtübernahme 1933 integrierten die Nationalsozialisten deutschlandweit die Heil- und Pflegeanstalten in ihr totalitäres Regime. Sie wurden, mit jeweils unterschiedlicher Beteiligung, zum Schauplatz von Eugenik- und „Euthanasie“-Maßnahmen.

Pflegeschülerinnen verlesen Lebensgeschichten

Mit Renate Rosenau treten fünf Schülerinnen der Pflegeschule der Fachklinik nach vorne. Sie lesen die Lebensgeschichten von acht Alzeyer Patientinnen und Patienten



Am Mahnmal für die NS-Opfer auf dem Gelände der Alzeyer Rheinhessen-Fachklinik werden am 27. Januar Kränze zum Gedenken niedergelegt.
Foto: Carsten Selak/pakalski-press

vor, die überlebten. Es sind Geschichten, denen die Gewalt eines Regimes eingeschrieben ist, das Menschen systematisch ihr Existenzrecht absprach und sie nach ihrer „Verwertbarkeit“ beurteilte. Auch 80 Jahre später sind diese Fälle beklemmend und erschütternd. Zum Beispiel der von Katharina K.,

die mit der Diagnose Schizophrenie 1935 in Alzey aufgenommen wurde. Zwei Jahre zuvor hatten die Nationalsozialisten das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen. Verhütung, das hieß Zwangssterilisation. Da Schizophrenie als Erbkrankheit galt, wurde Katharina K. unfruchtbar ge-

macht. „Ihr eigener Wille“, liest die Schülerin, „spielte dabei keine Rolle.“ 1939 erhielt die Heil- und Pflegeanstalt Meldebögen. „Alle Anstalten mussten die Meldebögen ausfüllen“, liest eine andere Pflegeschülerin vor. Die Dokumente gingen in die Tiergartenstraße 4 nach Berlin, von hier aus wurde die

systematische Ermordung von kranken oder behinderten Menschen geplant. „Der Meldebogen war nur eine einzige Seite lang. Auf dieser dünnen Information entschieden ärztliche Gutachter über Leben oder Tod.“ Ein rotes Plus für Tod. Ein blaues Minus fürs Weiterleben. Katharina K. kam später in das Philippshospital Goddelau. Auch für sie wurde ein Meldebogen ausgefüllt. „Darin wurde festgestellt: Katharina arbeitet täglich fleißig. Vermutlich rettete diese Feststellung ihr Leben“, liest die Schülerin. Sie wird nicht, wie viele andere, in die Tötungsanstalt Hadamar verschleppt, sondern im Mai 1945 befreit.

Bundestag entscheidet über Anerkennung der Opfer

Für Renate Rosenau ist am Montag nicht nur der offizielle Gedenktag wichtig, sie erwähnt auch den 30. Januar, diesen Donnerstag. Genau dann will der Bundestag über einen Antrag entscheiden, der die Opfer der NS-„Euthanasie“ und der Zwangssterilisation offiziell als Verfolgte des NS-Regimes anerkennt. „Zwar leben die meisten Betroffenen nicht mehr, aber ihre Familien“, sagt sie. „Nachfahren, inzwischen der Enkel- und Urenkelgeneration, suchen Aufklärung.“ Als Ehrenamtliche des Arbeitskreises hat sie eine Datenbank aufgebaut, die Informa-

tionen über die Opfer enthält. Sie erhalte sehr viele Anfragen von Angehörigen, erzählt sie nach der Gedenkfeier. „Das rührt die Menschen, das ist nicht weg“, sagt sie. „Auch nach 80 Jahren nicht.“ Damals sei vieles verschwiegen worden. „Weil es schmerzhaft und peinlich war. Schmerzhaft wegen des Verlusts und peinlich wegen der Krankheit.“

Dass bei dieser Gedenkfeier die Opfer im Mittelpunkt stehen, findet Klinikdirektor Prof. Dr. Michael Huss bedeutend. Nach dem Gottesdienst bilden die Anwesenden einen Halbkreis um das Mahnmal, viele Schüler sind darunter, unter anderem der Realschule Plus. Als die Kränze nach draußen getragen und vor dem Mahnmal aufgestellt werden, sagt Michael Huss: „Wir sind bis heute betroffen und uns der Verantwortung bewusst.“ Im Gespräch mit der Redaktion betont er: „Jedes Menschenleben zählt für sich.“ Diese Grundhaltung müsse in der Medizin immer gelten, sei aber auch immer wieder in Gefahr. Deshalb brauche es ein lebendiges, personifiziertes Erinnern. „Auch aus der Medizin heraus.“

Das umtriebige Leben zu unterbrechen, um überhörte Geschichten wahrzunehmen – zumindest an diesem rituellen Gedenktag scheint das in der Kapelle der Alzeyer Klinik möglich zu sein.